Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2001)

Heft: 3: 25 Jahre SES : eine Erfolgsgeschichte

Artikel: So dominierte die Umweltbewegung die Schweizer Energiepolitik

Autor: Marti, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586662

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gegen den Widerstand von Bundesrat, Verwaltung und Wirtschaft

So dominierte die Umweltbewegung die Schweizer Energiepolitik

Trotz des hartnäckigen Widerstandes des Bundesrates, des Bundesamtes für Energie und der Atom- und Wirtschaftslobby setzten die BürgerInnenbewegungen und die Umweltorganisationen in den vergangenen 25 Jahren die Massstäbe für eine nachhaltige Energiepolitik der Schweiz. Eine erstaunliche Erfolgsbilanz, welche ihre Fortsetzung in der Energiewende des nächsten Vierteljahrhunderts finden wird!

Von Kurt Marti, E&U-Redaktor

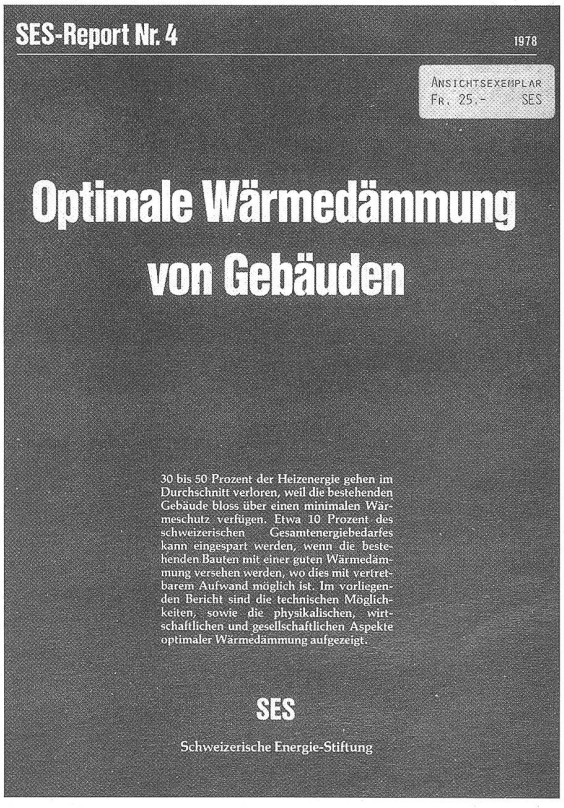
Zehn Atomkraftwerke bis zum Jahr 2000 und eine Verdreifachung des Energieverbrauchs der Schweiz von 1975 bis 2000! Diese energiepolitische Horrorvision tischte die vom Bundesrat eingesetzte Kommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) im Jahre 1975 auf. Kein Wunder! Der Bundesrat hatte den Präsidenten des geplanten Atomkraftwerkes Kaiseraugst zum GEK-Präsidenten ernannt und ihn mit einem halben Dutzend Atomgetreuen umgeben. Der vorausgegangene Erdöl-Schock wurde zum GEK-Schocker.

Die GEK hatte innert vier Jahren ein Machwerk hervorgebracht, das mehrere tausend Seiten umfasste und mehrere Millionen kostete. Auf Druck von kritischen Wissenschaftlern, welche sich zur Arbeitsgruppe «Energie, Wachstum und Umwelt» (EWU) zusammenschlossen und deren Mitglieder 1976 die SES gründeten, gab die GEK eine so genannte «Stabilisierungsvariante» in Auftrag, welche 50 000 Franken kostete und innert sechs Monaten entstand. Während der GEK-Bericht schon bei der Veröffentlichung im Jahre 1978 der Vergangenheit angehörte, setzte die Stabilisierungsvariante zum Siegeszug bis zum heutigen Tage an.

Umweltorganisationen definieren Energiepolitik

Auf der Grundlage der EWU-Studie veröffentlichten 1978 die Umweltorganisationen unter der Federführung der SES den Bestseller «Jenseits der Sachzwänge» und spurten damit die Schweizer Energiepolitik entscheidend vor. Darin forderten die Umweltorganisationen die Stabilisierung des Energieverbrauchs bis ins Jahr 2000 auf 700 000 Terajoule (TJ). Zum Vergleich: Die GEK hatte fürs Jahr 2000 einen Verbrauch von rund 1 600 000 TJ prognostiziert. Der tatsächliche Verbrauch lag im vergangenen Jahr bei 855 000 TJ, also bei der Hälfte der GEK-Prognose. Weit näher an den Realwert 2000 kamen die Umweltorganisationen mit ihrer Voraussage heran. (1 Terajoule entspricht dem Stromverbrauch von 277 777 kWh, d.h. von 62 Haushaltungen.)

Die Forderungen der Studie «Jenseits der Sachzwänge» wurde zum Brevier einer nachhaltigen Schweizer Energiepolitik. Alle heute geläufigen energiepolitischen Instrumente kommen darin vor: Stabilisierung des Energieverbrauchs, Energiesteuer, Forschungsfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien, stromsparende Tarife, Wärmedämmungen bei Alt- und Neubauten, individuelle Heizkostenabrechnungen, Richtlinien für den Treibstoffverbrauch von Motorfahrzeugen, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Deklarationspflicht für den Energieverbrauch von Geräten, Richtlinien für den Minimalverbrauch für energieverbrauchende Geräte und Fahrzeuge, Förderung der erneuerbaren Energien und Wärmepumpen, Energierückgewinnung bei Verbrennungsanlagen,



Der SES-Report «Optimale Wärmedämmung von Gebäuden» (1978) schrieb Schweizer Energiegeschichte und steht am Beginn einer einmaligen Erfolgsgeschichte. Armin Binz, der Autor des Reports, ist heute SES-Stiftungsrat.

Abluftanlagen und Wärme-Kraft-Kopplung. Wohlgemerkt: Das war 1978!

Erfolge in Kaiseraugst und am Wellenberg

Während «Jenseits der Sachzwänge» noch heute brandaktuell ist, wurde der millionenteure GEK-Bericht rasch zu einer Lachnummer, nicht ohne in den Köpfen der Bundesräte, der Energiebeamten und Stromlobby bis heute sein Unwesen zu treiben. Bis weit in die 80er Jahre hinein verteidigte der Bundesrat und die Atomstromlobby das Atomkraftwerk Kaiseraugst mit den exorbitanten GEK-Stromprognosen (für die Beheizung der Schweiz!). Die Unbelehrbarkeit des Bundesrates und der Energiebeamten hatte aber gegen die Kraft des BürgerInnenwiderstandes gegen Kaiseraugst keine Chance. Die Besetzung des Kaiseraugst-Geländes 1975 wurde zu einer Volksbewegung, welche die gesamte Schweiz erfasste und schlussendlich zur Beerdigung von Kaiseraugst führte.

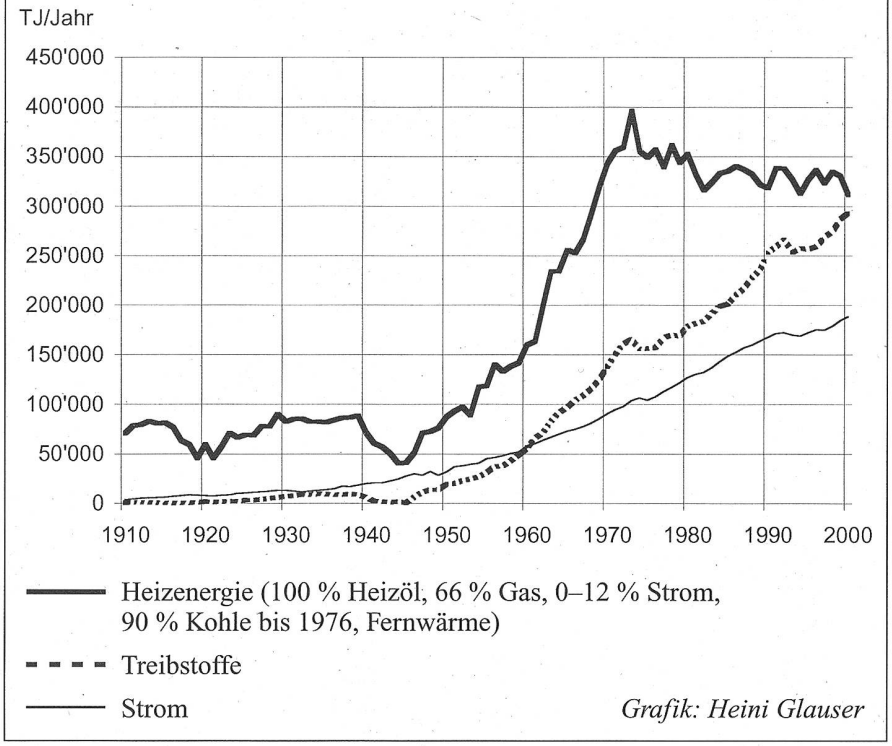
20 Jahre nach Kaiseraugst formierte sich der BürgerInnenwiderstand ein weiteres Mal erfolgreich am Wellenberg in Nidwalden. Die Atomindustrie wollte und will dort ihre radioaktiven Abfälle nach dem Prinzip «Wo der politische Widerstand am geringsten, ist das Gestein am besten» versenken. Doch die NidwaldnerInnen sagten im Jahre 1995 «Nein», obwohl die Millionen lockten. Auch hier hat sich die SES zusammen mit anderen Umweltorganisationen dafür eingesetzt, dass die radioaktiven Abfälle nicht einfach verlocht werden. Mit mehreren Reports haben die SES und ihre Fachleute sich in die Abfalldiskussion eingemischt und den Diskurs bis heute dominiert.

Atom-Horror-Szenario für Gebirge und Mittelland gestoppt

Die Zeche von 1,5 Milliarden Franken für das Kaiseraugst-Debakel und auch für das geplante AKW Graben der Bernischen Kraftwerke (BKW) zahlte das Schweizer Volk. So wie die StromkonsumentInnen auch die Zeche für die unverantwortlichen Stromeinkäufe aus den französischen Atomkraftwerken bezahlen müssen. Strom, der viel zu teuer eingekauft wird und immer noch unter den Einkaufskosten verkauft werden muss. Auch die SBB kann ein dreistelliges Millionenlied davon singen. Mit dem Kaiseraugst-Ende hatte die GEK-Horrorvision von zehn Schweizer Atomkraftwerken ebenfalls ausgedient.

Ebenfalls in den Wasserschlosskantonen kamen die Ausbaupläne der Atomstrategen ins Stocken. Die Umweltorganisationen setzten hier zusammen mit dem regionalen BürgerInnenwiderstand die notwendigen Grenzen, sei es in der Greina, im Val Curciusa oder auf der Grimsel. Überall dort sollte der französische Atomstrom veredelt und bisher unberührte und geschützte Täler dem GEK-Grössenwahnsinn geopfert werden. Mit diesem erfolgreichen Widerstand sparten die Umweltbewegten der öffentlichen Hand und den StromkonsumentInnen Milliarden ein. Die drohende Strommarktöffnung zeigte schonungslos auf, dass die Atomkraftwerke viel zu teuer produzieren und in den drei letzten Jahrzehnten mit rund 30 Milliarden Franken durch die Wasserkraft quersubventioniert, das heisst künstlich verbilligt wurden.

Verbrauch von Heizenergie, Treibstoffen und Strom (1910-2000)



Grafik: Heini Glauser

Vorschriften bei der Wärmedämmung führten dazu, dass der Heizenergieverbrauch seit 1973 um rund 20 Prozent gesenkt werden konnte, und zwar von 400 000 TJ (1973) auf 310 000 TJ (2000). Beim Benzin- und Stromverbrauch zeigen die Kurven weiter nach oben, weil der Bundesrat sich bisher gescheut hat, Verbrauchswerte vorzuschreiben, obwohl die verfassungsmässige (Energieartikel) und die gesetzliche Grundlage (Energienutzungsverordnung, seit 1999 Energiegesetz) längst vorliegt.

Wachstumsfetischisten zurechtgebogen und ausgebremst

Die energiepolitischen Massstäbe, welche die Umweltorganistionen setzten, verlagerten sich immer mehr in die Köpfe der so genannten offiziellen Bundes-Experten. Hatten diese 1978 die Stabilisierungs-Variante der Umweltorganisationen als «unrealisierbar und undurchführbar» bezeichnet und mit dem Siegel der kommunistischen Planwirtschaft und der Systemveränderung versehen, bestätigten zum Teil dieselben Experten im Energie-Leitbild für

Geschichte der SES:

Für eine detaillierte Geschichte der SES verweisen wir auf die vier «Energie&Umwelt», welche 1996 anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums erschienen sind. Sie können beim SES-Büro bezogen werden.

den Kanton Zürich 1982 die Vorarbeiten der Umweltverbände. Ebenfalls die Eidgenössische Energiekommission (EEK), welche im Auftrag des Bundesrates den Bedarf des Atomkraftwerkes Kaiseraugst nachweisen sollte, kam 1980 mehrheitlich zum Schluss, dass es kein zusätzliches AKW nach Leibstadt braucht.

Der Knüller: Heizenergieverbrauch sinkt um 20 Prozent!

Parallel zu diesen grundsätzlichen energiepolitischen Weichenstellungen veröffentlichte die SES wissenschaftliche Grundlagen auf dem Gebiet der Energietechnik. Mit diesbezüglichen Reports schrieb die SES ein wesentliches Kapitel der Schweizer Energiepolitik. Beispielhaft seien hier die beiden Reports «Optimale Wärmedämmung» (1978) und «Energiebewusstes Bauen mit Klima und der Sonne» (1983) genannt. Mit bautechnischen Richtwerten (SIA-Normen), welche von den meisten kantonalen Energiegesetzen zwingend vorgeschrieben werden, konnte der Heizenergieverbrauch in den letzten 25 Jahren um rund 20 Prozent gesenkt werden (siehe Grafik). Dies obwohl im gleichen Zeitraum eine Million neue Wohnungen gebaut wurden und die Industrie- und Gewerbefläche markant zunahm. Die SES forderte in den beiden genannten Reports eine Senkung des Heizenergieverbrauchs um 15 Prozent und blieb mit dieser damals extremen Forderung rund fünf Prozent unter dem realen Wert.

Während die GEK einen mittleren Wärmedämmwert für die Gebäudehülle (k-Wert) von 1,0W/m²K empfahl, forderte die SES einen k-Wert von 0,3–0,4 W/m²K. Auch in diesem Punkt hatte die SES die Nase vorne: Beispielsweise der mittlere U-Wert (früher k-Wert) eines neuen Minergie-Mehrfamilienhauses in Zollikon (Baujahr 2001) liegt bei 0,32 W/m²K. In den zwanzigjährigen SES-Reports sind die heutigen Minergie-Standards beziehungsweise Null- und Niedrigenergiehäuser bereits vorgezeichnet, während der GEK-Bericht und alle Prognosen des Bundesamtes für Energie innert 25 Jahren zum historischen Archivmaterial degradierten.

Zuerst Wachstum, dann Stabilisierung und jetzt Senkung

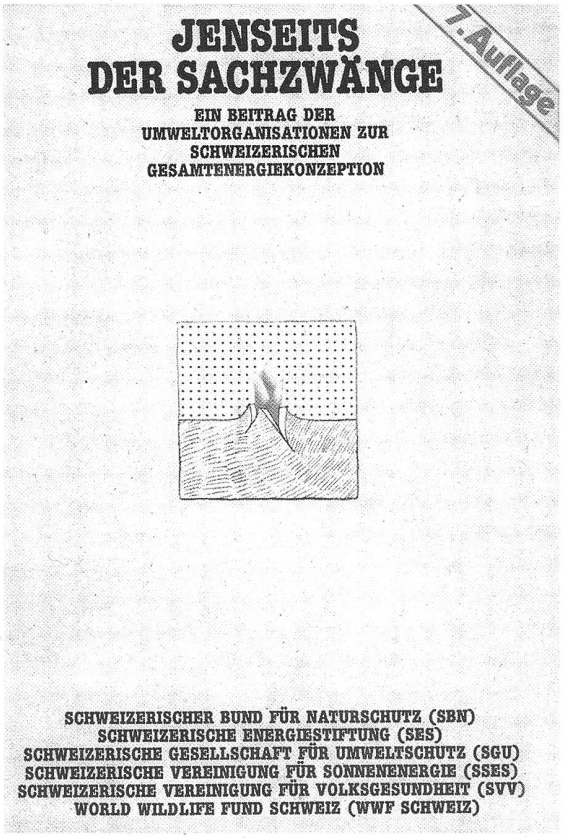
Die Tschernobyl-Katastrophe (1986) rüttelte die Schweizer Energiepolitik nach dem Erdölschock ein zweites Mal kräftig durch. Umweltorganisationen, SPS und die Grünen machten mit der Ausstiegs- und der Moratoriums-Initiative Druck. Der Bundesrat setzte die Expertengruppe Energieszenarien (EGES) ein, welche 1988 erstmals nachwies: Der Atomausstieg ist möglich und hat positive Folgen für Wirtschaft und Umwelt. Die Grundlagen für dieses Ausstiegsszenario hatte die SES zusammen mit den anderen Umweltorganisationen seit 1976 erarbeitet. Als 1990 das Volk ein zehnjähriges Atom-Moratorium beschloss und mit über 70 Prozent dem Energie-Artikel in der Bundesverfassung zustimmte, standen die Zeichen auf Energiewende. Unter massgeblicher Mithilfe von SES-Fachleuten wurde das Programm Energie 2000 formuliert und zusätzlich Stabilisierungs- und Senkungsziele für den Energieverbrauch sowie Ziele für die erneuerbaren Energien formuliert.

Obwohl die Energie 2000-Ziele moderat angesetzt waren und nur zum Teil und unter Mithilfe der Rezession und der warmen Witterung erreicht wurden, ist es dennoch ein Erfolg, dass sich im Zeitraum von 15 Jahren die Stabilisierungs-Variante der Umweltorganisationen gegen die Wachstums-Variante der GEK auch offiziell durchgesetzt hat und in ersten Ansätzen schon die Richtung für das nächste Jahrzehnt vorspurt, nämlich die Senkung des Energieverbrauchs. Für diesen Gesinnungswandel hatte nach dem Erdöl-Schock und der Tschernobyl-Katastrophe ein weiterer Energieschock beigetragen: Die Folgen der Klimaerwärmung. An der Rio-Klima-Konferenz von 1992 hatte sich die Schweiz zur Reduktion des CO_2-Ausstoss um 10 Prozent bis 2010 im Vergleich zu 1990 verpflichtet und im Jahr 2000 ein CO_2-Gesetz in Kraft gesetzt, welches eine Abgabe auf fossile Energieträger vorsieht. Im Herbst 2000 hatte sich mit der Ablehnung der drei Energievorlagen noch einmal die energiepolitische Unvernunft der Wirtschaftsverbände durchgesetzt. Aber das dürfte ein Pyrrhussieg werden, denn in den nächsten Jahren schwebt über ihnen das Fallbeil der CO_2-Abgabe.

Benzin und Strom: Bundesrat hat Energiegesetz im Rücken

Die Notwendigkeit der Energieverbrauchssenkung und der Förderung der erneuerbaren Energien gehört heute zur offiziellen Energiepolitik. Die gesetzlichen Grundlagen für die Energie-

(weiter auf Seite 15)



«Jenseits der Sachzwänge» der Umweltorganisationen aus dem Jahre 1978 wurde zum energiepolitischen Brevier der Schweiz.

Das Zusammengehen von kritischen WissenschaftlerInnen und der Bewegung von unten brachte das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst und damit das gigantische Atomprogramm der offiziellen Schweiz zu Fall: Theo Ginsburg, ETH-Professor und SES-Vizepräsident, spricht an der Besetzung des Kaiseraugstgeländes.

wende liegen mit dem CO_2-Gesetz und dem Energiegesetz vor. Mit dem Programm Energie 2000 wurden in den 90er Jahren auch die energietechnischen Voraussetzungen geschaffen und das Projekt «Energiestadt» sorgte für die notwendige Breitenwirkung auf kommunaler Ebene. Es ist überflüssig, zu erwähnen, dass diese Idee ebenfalls aus der Küche der SES und des WWF stammen und nun zum festen Bestandteil der Energiepolitik des Bundes gehört.

Das Energiegesetz ist seit 1999 in Kraft und bietet unter anderem die gesetzliche Grundlage für eine massive Absenkung des Benzinverbrauchs von Motorfahrzeugen und für den Einsatz von stromsparenden Geräten. Das heisst, der Bundesrat kann mit der Wirtschaft (Autoimporteure, Gerätehersteller) Verbrauchszielwerte vereinbaren und falls diese nicht erreicht werden, zwingende Vorschriften erlassen. Eine Forderung, welche die SES ebenfalls 1978 aufgestellt hat. Im Gegensatz zum erfolgreichen Gebäudebereich, hat es der Bundesrat leider beim Strom und Benzin versäumt, entsprechende Normen zwingend vorzuschreiben und sich auf das lotterige Prinzip der Freiwilligkeit eingelassen. Autoimporteure und Gerätehersteller zeigten dem gutgläubigen BFE denn auch die lange Nase. Während der Heizenergieverbrauch markant gesunken ist, stieg der Benzinverbrauch (siehe Grafik) und der Stromverbrauch im gleichen Zeitraum drastisch an. Die Erfolgsgeschichte der Wärmedämmung muss nun auch beim Autoverkehr und den stromverbrauchenden Geräten fortgesetzt werden. Doch wie immer brauchen der Bundesrat, das BFE und die Wirtschaft etwas länger, bis sie die Ampeln auf Grün stellen.

Die BundesrätInnen werden kippen wie Magnetnadeln

Es ist zur Tradition geworden, dass die SES zusammen mit Herrn und Frau Schweizer auf den Bundesrat und das BFE warten muss. Zum Beispiel ist das BFE der Meinung, die hocheffiziente Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) müsse man nicht speziell fördern, solange der Atomausstieg nicht feststeht. Doch das kann sich schnell ändern, wenn im nächsten Jahr das Volk den Atomausstiegs-Initiativen zustimmt. Und dafür liegen die Chancen niemals besser als jetzt, wie eine Uni-Vox-Umfrage vom letzten Juni zeigt: 76 Prozent finden die Risiken der Atomenergie als nicht tragbar. Damit sprechen sich heute mehr SchweizerInnen gegen die Atomenergie aus, als kurz nach der Tschernobylkatastrophe als der Wert bei 60 Prozent lag.

Wenn der Atomausstieg vom Volk beschlossen wird, werden die Bundesräte, die BFE-Beamten und die EnergiepolitikerInnen wie Magnetnadeln kippen. Das BFE hat in seinem Bericht «Energie Schweiz» (Januar 2001), dem Nachfolgeprogramm von Energie 2000 bereits den langfristigen Tarif durchgegeben. Die gesteckten Ziele bis 2010 seien ambitiös und könnten mit der bisherigen Energiepolitik nicht erreicht werden. Aber nach 2010 wird es laut BFE noch anspruchsvoller: «Längerfristig übersteigt der ökologische Handlungsbedarf die für das Jahr 2010 angestrebten quantifizierten Ziele bei weitem.» Die CO_2-Emissionen müssen bis 2050 laut BFE von heute 6 Tonnen pro Kopf auf eine Tonne gesenkt werden. Das heisst nichts anderes, dass das BFE schon heute mit Senkungsraten von rund 75 Prozent rechnet. Die exponentielle GEK-Wachstumkurve wurde innert 25 Jahren zum exponentiellen Absenkpfad. Was für eine Revolution! ❐